

# Sächsische Elbzeitung

Tagblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hietz.



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohnslein

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Zeilenschriftzeile 60 Pf., für auswärtige Antragsgeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Vertrieb Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 224

Bad Schandau, Freitag, den 24. September 1920

64. Jahrgang

## Für eilige Leser.

In der Mittwoch-Sitzung des Reichskabinetts erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, die Gesamtschuld des Reiches betrage zurzeit 242,7 Milliarden Mark.

Nach einer Mitteilung der Wiedergutmachungskommission in Paris sind bis zum 16. September 1920 von Deutschland insgesamt 1944 586 Brutto-Registertonnen Schiffsraum abgeliefert worden.

In Berlin will man erfahren haben, daß bei der Regierung Pläne erwogen werden, unter den Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit auch die Schaffung öffentlicher Kredite für die Industrie ins Auge zu fassen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den für und gegen Moskau eintretenden Führern der Unabhängigen Sozialdemokraten lassen die Spaltung der Partei als tatsächlich vollzogen erscheinen.

Einer Londoner Meldung zufolge besagt der kurze offizielle Bericht über die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten, daß die Konferenz das Streikprogramm annimmt.

Infolge der glänzenden Ernte gaben die Südslaven alle im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen auf und geben allgemein die Ausfuhr der Exportartikel frei.

Auf dem Kongress der Ostöster in Watu wurde der Heilige Krieg des Ostens gegen den britisch-französischen Imperialismus gepredigt.

## 243 Milliarden Schulden!

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat nun endlich am Mittwoch sein bekümmertes Herz vor dem versammelten Reichskabinetts ausschütten können. Zu unserer Veruhigung wird uns alsbald versichert, daß sich über die Grundfrage der danach zu verhandelnden Finanzpolitik eine einheitliche Auffassung des Kabinetts ergeben habe, und daß zur Aufrechterhaltung des vom Minister eingereichten Rücktrittsgesuches keine Veranlassung mehr vorliege. Aber dürfen wir uns damit beruhigen? Hören wir zunächst, wie das Bild der Finanzlage beschaffen ist, das Herr Dr. Wirth vor seinen Ministerkollegen entrollen mußte.

Im Jahre 1919 balancierten die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Reiches mit 63 Milliarden. Für 1920 stellen sich die eigentlichen Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat auf 30 1/2 Milliarden, im außerordentlichen Etat auf fast 40 Milliarden. Dieser Summe stehen für den außerordentlichen Bedarf der Finanzverwaltung nur zwei Milliarden an Einnahmen gegenüber, so daß hier schon ein Fehlbetrag von 37 bis 38 Milliarden vorhanden ist. Damit noch nicht genug, ergibt sich für die Reichseisenbahnverwaltung, die ihrer Bedeutung entsprechend fortan mit einem eigenen Haushaltsplan bedacht wird, ein Fehlbetrag von über 16 und bei der Post ein solcher von über 2 Milliarden Mark. Wir kommen also insgesamt auf einen Fehlbetrag von 55 bis 56 Milliarden. Der Minister gab anschließend einige weitere Zahlen, um einen Begriff zu vermitteln von der ungeheuren Höhe unserer Zahlungsverpflichtungen aus dem Friedensvertrag. Er berechnet z. B. die Gesamtforderung für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges auf 131 Milliarden, ungerichtet die weitere Verschlimmerung, die durch das neuerdings wiederanhaltende Sinken unserer Valuta bedingt wird. Ein weiterer schöner Posten, der besondere Hervorhebung verdient, sind die Ausgaben für Besatzungstruppen und Entente-Kommissionen. Sie belaufen sich jetzt schon auf rund 15 Milliarden Mark. Was Wunder, daß wir einem launenhaften Anwachsen der schwebenden Reichsschuld wie der Verderben bringenden Papierflut gegenüberstehen. Alles in allem genommen, schleppen wir bereits eine Reichsschuld von annähernd 243 Milliarden mit uns herum. Und wenn man ganz gewissenhaft sein will, ist auch damit die Summe unseres Finanzelends noch immer nicht erschöpft, denn aus der Übernahme der Reichseisenbahn haben die Länder noch Kapitalanprüche in Höhe von 25 Milliarden an das Reich, und die Gelder, die sie für Familienunterstützungen, für Kriegswohlfahrtspflege und ähnliches zurückzuerhalten bekommen müssen, haben auch bereits die fette Summe von 18 Milliarden erreicht. So gelangt Herr Dr. Wirth zu dem Schlußteil, daß unsere finanzielle Lage „mehr als ernst“ sei, und deshalb rechnet er auch auf einiges Verständnis für seine ängstliche Zurückhaltung gegenüber den immer aufs neue über ihn hereinbrechenden Beamtenforderungen. Er weist darauf hin, daß die Finanzverwaltung schon im Vergleich zu den Bewilligungen des Gesetzes vom 30. April Mehr-Aufwendungen von 824 Millionen zugestanden habe. Wenn aber die neuerdings noch erweiterten Wünsche des Beamten-tums erfüllt werden sollten, so würden abermals 363 Millionen draufgelegt werden müssen, und die unaussprechliche Folge davon würde sein, daß auch in den Ländern und Gemeinden ebensoviel für die Beamten wie für Angestellte und Arbeiter die ganze Besoldungsfrage erneut ins Rollen käme.

Daß bei dieser Lage der Dinge nur tief eingreifende Maßnahmen helfen können — wenn uns überhaupt noch zu helfen ist — braucht nicht gesagt zu werden. Der Reichsfinanzminister entwickelte denn auch vor dem Kabinetts in programmatischen Ausführungen, wie der amtliche Bericht sich

ausdrückt, eine Reihe von Forderungen, die er zum Zwecke der Gesundung der Reichsfinanzen als unumgänglich bezeichnete. Näheres über den Inhalt dieser Forderungen mitzuteilen, wird noch nicht für angebracht gehalten, man erfährt nur, daß die von der Nationalversammlung verabschiedeten Steuergesetze unbedingt durchgeführt werden sollen, darunter selbstverständlich auch das Reichsnotopfer. Es soll sogar seine beschleunigte Einziehung ins Werk gesetzt werden. Dann wurde beschloffen, in den ordentlichen Etat für 1921 grundsätzlich keine neuen Ausgaben einzustellen, eine systematische Einschränkung der bisherigen Ausgaben in allen Etats durchzuführen, keine neuen Beamtenstellen zu schaffen, wie überhaupt größte Sparsamkeit auf persönlichem und sachlichem Gebiet bei schärfster Nachprüfung aller Ansätze durch das Reichsfinanzministerium anzustreben. In dem Abbau der bisher genehmigten Stellen soll fortgeschritten und der Bedarf in den einzelnen Ressorts durch besondere Kommissare des Finanzministeriums kontrolliert werden. Ferner wird beschleunigter Abbau der noch bestehenden Kriegsvorgangsanstalten, baldige Abwicklung der Kriegsfonds und Aufhebung der noch vorhandenen Stellen des alten Heeres versprochen. Auch auf die Vereinfachung der Organisationen, ihre Zusammenlegung nach sachlichen Bedürfnissen soll hingewirkt werden. Immer und überall unter hervorragender und entscheidender Mitwirkung des Reichsfinanzministeriums. Auf diese Weise soll dessen Stellung im Reichskabinetts und sein Einfluß auf die Finanzgebarung des Reiches erweitert werden. Vor allen Dingen aber will man den 16 Milliarden-Fehlbetrag bei der Eisenbahn und das Defizit von 2 Milliarden bei der Post mit allen Kräften aus der Welt schaffen. Hier hat sich Exzellenz Groener bereits ans Werk gemacht, und Herr Giesberts wird sich ihm hoffentlich sehr bald anschließen.

Man wird zugeben, daß auch dem in Geldsachen abgebrühtesten Finanzmann angst und bange werden muß bei dieser Lage der Dinge, denn selbst im allerungünstigsten Falle kann das hier skizzierte Programm des Reichskabinetts einige, entfernt nicht alle Sünden wieder gutmachen. Herr Dr. Wirth wird es unter diesen Umständen wohl als ein zweifelhaftes Vergnügen ansehen, daß ihm die ungeteilte Zustimmung des Kabinetts das Verbleiben in seinem dornenvollen Amt ermöglicht hat. Aber auch er hat jetzt keine Zeit zu Sentimentalitäten. Er muß arbeiten, er vor allen, um den schweren Stein unserer Sanierung ins Rollen zu bringen. Nur wenn der Reichsfinanzminister mit gutem Beispiele vorangeht, kann seine gesamte Verwaltung und mit ihr die deutsche Öffentlichkeit vor der Gefahr völliger Hoffnungslosigkeit auf diesem Gebiet bewahrt bleiben.

## Russische Drohungen gegen England.

Der „Heilige Krieg“ des Ostens.

Die Anzeichen, die in den letzten Monaten für einen Ausgleich zwischen London und Moskau sprachen, sind gänzlich verschwunden. Heute klingen aus Rußland nur noch eifervolle Bortwürfe gegen die verbündeten Westmächte und an die Adresse Lloyd George richten sich scharfe Drohungen. So sagt ein Moskauer Funkpruch:

Lloyd George hat die politischen Verhandlungen mit Rußland abgebrochen und darf sich daher nicht beklagen, wenn sich jetzt eine große Bewegung gegen Großbritannien in Asien ausbreiten wird.

Wie stark die Mißstimmung gegen die britische Politik geworden ist, zeigt sich auch in den Berichten über den Sowjetkongress der Ostöster in Watu. Die Pläne wurden dort offenkundig, das britische Reich an seiner schwachen Stelle, in Indien, zu packen. Der Kongress gestaltete sich zu einer

## Rundgebung gegen den englisch-französischen Imperialismus.

Der Sowjetvertreter Sinowjew eröffnete den Kongress durch eine Rede, die den Charakter einer Auflage gegen die Kolonialpolitik hatte und mit einer Aufforderung an die Völker des Ostens schloß, sich zu vereinen und der kommunistischen Internationale anzuschließen. Er richtete einen flammenden Appell an die unterdrückten Völker des Ostens, worin er sie aufforderte, sich gegen ihre Unterdrücker zu verbünden und den Heiligen Krieg der sozialen und nationalen Befreiung zu erklären. Der Aufruf Sinowjews wurde mit begeistertem Ausrufen aufgenommen! ... „Gag gegen die Politik Lloyd Georges und Millerands.“ Der Kongress beschloß, die Völker aufzufordern, den Heiligen Krieg zu erklären. Erst nach einer Unterbrechung von einer halben Stunde konnte Sinowjew wieder das Wort ergreifen und seine Rede beschließen.

## Afghanisch-russische Annäherung.

Wie zielbewußt Moskau seine Pläne gegen Großbritannien verfolgt, weist die unzweifelhafte Annäherung der Sowjets an den Emir von Afghanistan nach, den Türhüter für das englische Indien. Die Sowjet-Regierung veröffentlicht folgenden Funkpruch aus Kabul: Telegramm Em. Majestät des Emirs von Afghanistan an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Genossen Lenin:

„Mit dem ersten Funkpruch der Funkstation, die mir von Ihnen als Geschenk überhandt worden ist und welche für mich von großem Wert ist, bringe ich Ihnen Genosse Lenin, meine Anerkennung zum Ausdruck. Ama ul Chan.“

## Millerand zum Präsidenten gewählt.

Paris, 24. September. Der Kongress trat am Donnerstag nachmittags 2 Uhr zur Wahl des Präsidenten der Republik zusammen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 695 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Millerand 695, auf Doumergue (Sozialist Radikal) 106, auf Delery (Sozialist) 69, auf Jonnard (linkerepublikanisch) 3, auf Leon Bourgeois (Radikal) 3, auf Pams 3, auf Raoul Beret (linkerepublikanisch) 2, auf General Marby 1. Der Präsident des Kongresses Leon Bourgeois erklärte hierauf Millerand als vom Kongress zum Präsidenten der Republik gewählt.

Nach der Verkündung des Wahlergebnisses begab sich Bourgeois in den an den Sitzungssaal angrenzenden Saal, um Millerand das Abstimmungsergebnis mitzuteilen und ihm zugleich die Glückwünsche des Parlaments zu übermitteln. Millerand wurde seitens der Versammlung mit stürmischem Beifall beim Betreten des Kongresssaales begrüßt. Sichtlich bewegt, verneigte er sich dankend. Millerand wird am Freitag nach Paris zurückkehren. Die Nachricht von der Wahl Millerands wurde in Paris durch Sonderausgaben der Blätter nachmittags 5 1/2 Uhr bekannt. Das Wahlergebnis fand allgemein Beifall und Rufe „Es lebe Millerand!“ wurden an zahlreichen Orten gehört. Die Blätter sagen übereinstimmend, daß die aus der Präsidentenwahl sich ergebende Ministerkrise rasch gelöst sein werde. Millerand werde gleich morgen die Beratungen beginnen. Wie es den Anschein hat, hat Briand die meisten Ausschüsse, Nachfolger Millerands zu werden. In diesem Falle wird Briand auch Minister des Äußern werden und das Kabinetts wird keinerlei sonstige Veränderungen erfahren. Die Kammer wird am Sonnabend zusammentreten.

## Blutiger Zusammenstoß mit der Polizei in Turin.

In Turin kam es gestern bei der Beerdigung zweier Fabrikarbeiter zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei, in deren Verlauf mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden. — In Rom wird nach einem Bericht des „Corriere della Sera“ gestern wiederum von wohnungslosen Arbeitern Häuser besetzt worden.

## Deutsche Kohlen nach Ungarn!

Nach einer Mitteilung der Mitteleuropäischen Kohlenkommission hat die deutsche und ungarische Regierung auf Anregung der Reparationskommission eine Vereinbarung getroffen, nach der Deutschland an Ungarn vorläufig 30 Eisenbahnzüge oberösterreichische Kohle für Urzwecke liefert. Die geliefertsten Mengen werden von Ungarn bar bezahlt. Es sind bereits 14 Züge abgegangen. Das Abkommen hat in weiten Kreisen Erstaunen hervorgerufen, da, wenn auch die Tatsache des ungarischen Kohlenmangels besteht, der Kohlenmangel Deutschlands nicht geringer sein dürfte.

## Gesundung der Eisenbahnen.

Berlin, 23. September.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann heute früh unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers die Besprechung über die systematische Neuordnung der Gütertariife. Da der in der Reichsverfassung vorgesehene Reichseisenbahnrat noch nicht gebildet ist, sind als Sachverständige Mitglieder der Reichseisenbahnräte der bisherigen Staatsbahnverwaltungen geladen, deren Kreis durch Vertreter der verschiedenen Erzeuger- und Verbraucherverbände verstärkt ist. Reichsverkehrsminister Groener wies in seiner Begrüßungsrede auf den ungeheuren Ernst der Wirtschaftslage hin, zu deren Gesundung in erster Linie der Wiederaufbau der Reichseisenbahnen und die Ordnung ihrer Finanzen notwendig sei. Dazu gehöre vor allem die Anpassung des Tariffsystems an die heutigen Wirtschaftsverhältnisse. Mit den durch die Kriegsverhältnisse erzwungenen hohen prozentualen Zuschlägen zu den alten Friedensstarifen müsse aufgeräumt werden. Die Tarife müßten wieder organisch gestaltet werden. Aber nicht nur um die Wiederherstellung der technischen Einrichtungen und die Neuordnung der Organisation der jungen Reichseisenbahnverwaltung dürfe es sich handeln, sondern vor allem sei die Gesundung von innen heraus notwendig. Das Personal der Eisenbahnen vom obersten Beamten bis zum letzten Arbeiter müsse wieder mit freudiger Hingabe seine Arbeit verrichten. Seine, des Ministers, Aufgabe werde es sein, mit fester Hand und klarem Kurs für Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin zu sorgen. Er wisse, daß die große Masse des Personals durchaus auf dem Boden des gefunden Ordnungsgedankens stehe und bereit sei, an der Gesundung mitzuarbeiten. Von außen werde aber immer noch Unruhe und Unzufriedenheit in die Eisenbahnen hineingetragen. Er werde es nicht dulden, daß die Eisenbahnen zum Zummelpfad politischer und wirtschaftlicher Händel gemacht würden. Er bitte auch an dieser Stelle die Versammlung und durch sie die öffentliche Meinung um Unterstützung seiner Bemühungen, die Ordnung und damit die Gesundung der Eisenbahnen wieder zu erreichen.